

## **Antrag**

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir,  
Deniz Celik, Martin Dolzer, Inge Hannemann, Stephan Jersch,  
Christiane Schneider, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Eine Perspektive für den Standort Struenseestraße der Stadteilschule  
am Hafen**

Am 7. Mai 2015 verkündete die Schulbehörde per Pressemitteilung, dass der Standort Struenseestraße der Stadteilschule am Hafen geschlossen werden soll und stattdessen ein Gymnasium bereits zum Schuljahr 2016/2017 auf diesem Gelände neu errichtet werden soll.

Dieser Verkündung ging eine Bürgerbeteiligung über die Zukunft des Struenseequartiers voraus. In diesem Beteiligungsverfahren war dieser Plan zu keinem Zeitpunkt Gegenstand der Gespräche. Vielmehr wurden dort von der zuständigen Schulbehörde Ideen entwickelt, an dieser Stelle Flächen für den Wohnungsbau zu verkaufen, um damit die Sanierung der Schulanlagen zu finanzieren. Wie der Stand dieser Planungen ist, können die zuständigen Behörden bei Schriftlichen Kleinen Anfragen nicht beantworten. Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung werden in dieser Form ignoriert.

Ebenso gibt es bisher keinen Plan, wie die Sanierung und der Umbau des Geländes durchgeführt werden sollen, obwohl der Start des Gymnasiums schon im August 2016 erfolgen soll. Damit ist ebenso unklar, welche Auswirkungen diese Umbauten auf das regionale Angebot an Stadteilschulplätzen und die schulische Zukunft der Schüler/-innen haben werden.

Der Standort Königstraße der Stadteilschule am Hafen hat eine lange Tradition. Der Stadtteil Altona-Altstadt ist durch hohe Armutsgefährdung gekennzeichnet. Die Schule ist eng mit dem Stadtteil verbunden und die Stadteilkonferenz Altona-Altstadt hat das Konzept des Bildungszentrums für diesen Schulstandort entwickelt.

In den Gremien des Bezirks stößt diese Planung – zumal so überhastet – auf Unverständnis und Ablehnung.

Insbesondere die Eltern- und Schülerschaft des Standortes Struenseestraße widersetzen sich mit guten Gründen der Schließung ihres Stadteilschulstandortes.

Aus Sicht der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE sind die Pläne der Schulbehörde sozial unausgewogen und entsprechen nicht den Bedarfen des Stadtteils.

Unsere Fraktion fordert daher ein Moratorium mit sofortiger Wirkung mit dem Ziel einer Überplanung des bisherigen Konzeptes.

**Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. der Bürgerschaft einen entwickelten Plan für das Struenseequartier vorzulegen, der ebenso eine Bürgerbeteiligung berücksichtigt.
2. den Standort Struenseestraße der Stadteilschule am Hafen zu erhalten und zu einer Stadteilschule von Klasse 0 – 13 weiterzuentwickeln. Dabei wird der Stand-

ort Struenseestraße aus dem Schulverbund der Stadtteilschule am Hafen herausgelöst und zu einer eigenständigen Stadtteilschule in und für Altona-Altstadt entwickelt.

3. die internationalen Vorbereitungsklassen an diesem Standort weiterzuführen.